

Zitierhinweis

Heinen, Armin: Rezension über: Liesbeth van de Grift, Securing the Communist State. The Reconstruction of Coercive Institutions in the Soviet Zone of Germany and Romania, 1944-1948, Plymouth: Lexington Books, 2012, in: Südost-Forschungen, 71 (2012), S. 632-635, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/6e7f67f312ae4698a642d723727d278e>



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Liesbeth VAN DE GRIFT, *Securing the Communist State. The Reconstruction of Coercive Institutions in the Soviet Zone of Germany and Romania, 1944-1948.* Plymouth: Lexington Books 2012. 194 S., ISBN 978-0-7391-7178-3, € 54,99

Weder der englischsprachige Titel noch die zugrunde liegende niederländische Fassung des Werkes von Liesbeth van de Grift¹ treffen exakt den Kern des Untersuchungsvorhabens der Amsterdamer Dissertation. Die Verfasserin, während der Promotionsphase zeitweilig Projektleiterin bei der Alfred-Mozer-Stiftung, zwischenzeitlich an der Universität Utrecht tätig und heute als Historikerin an der Universität Nijmegen lehrend, mischt sich nämlich selbstbewusst in die nach wie vor erbittert geführte Debatte um die Gleichschaltung Osteuropas nach 1945 ein. Das gelingt ihr überzeugend und auf einem durchgängig hohen argumentativen Niveau, indem sie die politikwissenschaftliche Transitionsforschung mit der Quellenanalyse der Historikerin zusammenführt. Es mag überraschen, wenn sie Rumänien nicht mit Bulgarien oder Ungarn vergleicht, sondern die Sowjetische Besatzungszone als Maßstab auswählt. Eine Gegenüberstellung dieser beiden so unterschiedlichen Fälle ermöglicht aber genauer, als es sonst der Fall wäre, strukturelle Ähnlichkeiten und Differenzen herauszuarbeiten.

Ausgangspunkt der Darstellung ist die Beobachtung, dass die UdSSR keinen fertigen Plan verfolgt habe, ja gerade die „Offenheit“ und „Unbestimmtheit“ der sowjetischen Politik die Systemtransformation beschleunigte. Die innerhalb von drei Jahren vollzogene Angleichung an das sowjetische Modell erfolgte rascher, als Stalin selbst es 1944/1945 für klug hielt und anstrebte. Fragt man nach den Gründen, so lautet die Antwort: Moskau überschätzte sein Ansehen und war gleichzeitig zu schwach, um selbstbewusst die Geschicke in Osteuropa zu lenken. Abhängig von kollaborationswilligen Kräften vor Ort und eigenmächtig handelnden Besatzungskräften, schlitterte der Sowjetstaat in die anfangs noch unerwünschte Systemkonfrontation. Da die Machtverhältnisse, die Verwaltungstraditionen, die Weltkriegserfahrungen und die geopolitischen Konstellationen je nach Land differierten, unterschieden sich die Wege in die stalinistische Diktatur. Politikwissenschaftliche, theorieorientierte Deutung und geschichtswissenschaftlicher Zugang müssen deshalb zugleich herangezogen werden, was der Verfasserin durchaus überzeugend gelingt.

Die ersten beiden Kapitel dienen dem Ziel, den Leser einzustimmen, ihn mit dem jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Umfeld vertraut zu machen. Kurz skizziert die Autorin die Pfade Deutschlands und Rumäniens in die Weltkriegsdiktaturen und schildert anschließend die Ausgangslage 1944/1945. Während der Nationalsozialismus und mit ihm die bürgerlichen Führungsschichten in Deutschland vollkommen kompromittiert waren, hatten die bürgerlichen Kräfte in Rumänien bewusst Distanz zur faschistisch angehauchten Militärdiktatur Antonescus gehalten. Der Monarch selbst ergriff die Initiative und veranlasste den Systemwechsel. Selbst wenn die sowjetischen Truppen 1944/1945 das rumänische Territorium vollständig kontrollierten, blieb ihnen damit der direkte Zugriff auf den Regierungsapparat verwehrt. In der Sowjetzone übernahm die SMAD dagegen die unmittelbare Verwaltungsbefugnis und hatte nicht mit konkurrierenden Sicherheitskräften zu kämpfen (Polizei, Armee).

Gegen Kriegsende stand Moskau vor einer Vielzahl komplizierter außenpolitischer Entscheidungen. Zahlreiche, einander widersprechende Gesichtspunkte galt es zu berück-

sichtigen: Wie kein anderer alliierter Staat hatte die Sowjetunion unter dem Krieg gelitten. Der Wiederaufbau besaß absolute Priorität, und deshalb hoffte Stalin auf umfangreiche Reparationen und die Unterstützung durch die Westmächte. Langfristig sollte ein Ring befreundeter Staaten die Sowjetunion stützen, kurzfristig die wirtschaftliche Genesung in den Anrainerstaaten die eigene Position konsolidieren. Inwieweit Moskau auf die kommunistischen Parteien Osteuropas wirklich zählen konnte, schien freilich ungewiss. Auf keinen Fall verfügten sie über ausreichende Regierungserfahrung, und das bei einer Verwaltung, die ihnen traditionell feindlich gesonnen war. Immerhin, der erfolgreiche Widerstand gegenüber dem Faschismus, die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern, die Bereitschaft, einen Neubeginn zu fördern, stärkten aus Moskauer Sicht die eigene Position und unterstützten den Einfluss der kommunistischen Organisationen. In dieser Situation versprach die Volksfronttaktik Zeitgewinn. Sie vermied einen offenen Bruch mit den Westalliierten. Sie spaltete die bürgerlichen Kräfte in antagonistische Gruppen auf und gab die Chance und Möglichkeit, vor Ort flexibel zu reagieren. Doch was als Langfristkonzept geplant war, scheiterte bereits nach wenigen Monaten, weil die UdSSR mit der Rolle des wohlmeinenden Hegemons überfordert war. Der Wunsch nach Reparationen passte ebenso wenig ins Bild fürsorgender Neuordnung wie das Verhalten der eigenen Truppen. Dazu kamen die traditionellen Vorurteile gegenüber der slawischen Großmacht aus dem Osten. Vertrauenswürdig schienen den sowjetischen Verantwortlichen einzig die „eigenen Leute“ zu sein, die in Moskau sozialisierten kommunistischen Exilanten und die antifaschistischen Altkommunisten. Das gab jenen einen Freibrief, die entschlossen waren, mit den „alten Kräften“ sofort und vollkommen aufzuräumen und die sozialistische „Modernisierung“ als „Revolution von oben“ zu exekutieren.

Weil die Kommunisten in Rumänien weder den Staatsapparat umfassend kontrollierten, noch ausreichende öffentliche Unterstützung fanden, entfachten sie einen „antifaschistischen“ Bürgerkrieg, der bald alle Grenzen überschritt. Schließlich musste Moskau eingreifen, und es stand außer Frage, dass ein Ende des Aufruhrs nur zu erreichen sein würde, wenn die Kommunisten selbst die Sicherheitskräfte befehligten. In der SBZ kontrollierte die SMAD den politischen Neuanfang und sicherte von Beginn an den Kommunisten die entscheidenden Posten, schon weil sie niemandem sonst die Aufgabe zutrauten. Weil die sowjetischen Besatzer kein alternatives Modell kannten, auch kaum wissen konnten, was mit Volksfront anderes gemeint sei als die stalinistische Herrschaftspraxis, bolschewisierten sie die deutsche Gesellschaft. Für viele Menschen schien das Spiel freilich noch durchaus offen, keineswegs endgültig entschieden. In dieser Situation ergriffen die einen die Gelegenheit, sich bei den Kommunisten rechtzeitig einzubringen, oder schlossen sich einer der Tarnorganisationen an. Andere stärkten die Reihen der Opposition. Gewiss, die Kommunisten wuchsen zur Massenorganisation heran. Und doch bewiesen die Wahlen 1946, wie schwach sie eigentlich noch waren, wie wenig Rückhalt sie in den Gesellschaften Osteuropas gewonnen hatten. Nur massive Wahlfälschungen verhinderten in Rumänien, dass der Nationalen Bauernpartei ihre 70 % der Wählerstimmen anerkannt wurden. Unter diesen Umständen begann 1947 eine neue Phase der Systemtransformation, in der Moskau seine bisherige Zurückhaltung aufgab. Stalin hatte inzwischen erfahren, dass er kaum auf höhere Reparationen hoffen durfte, dass die Westalliierten darauf verzichteten, ihren Einfluss

über die Elbe hinaus auszudehnen, und dass die Volksfrontstrategie am Widerstand der immer noch starken bürgerlichen und sozialdemokratischen Opposition scheitern würde.

Bis zu diesem Punkt der Argumentation beruht die Darlegung Liesbeth van der Grifts im Wesentlichen auf einer klugen Auswertung der Literatur. Die folgenden beiden Kapitel zu den Sicherheitskräften und der juristischen Vergangenheitsbewältigung reflektieren dagegen eigenständige Quellenanalyse. Was als Ergebnis intensiver, immer systematisch den Vergleich anstrebender Auswertung herauskommt, ist durchaus überraschend. Denn in Rumänien genügte das Ersetzen der Polizeispitze, das Demobilisieren von Armee und Gendarmerie sowie das gezielte Einbinden „revolutionärer Kräfte“ in die Sicherheitsdienste, um deren vollständige Kontrolle sicherzustellen. Nach 1918 hatten die Sicherheitsorgane zahlreiche Säuberungen erfahren und als apolitische Fachverwaltungen überlebt. Insofern bedeutete nicht einmal die Übernahme der Kontrolle durch die Kommunisten eine unzumutbare Herausforderung. Und tatsächlich zeigten die Kommunisten sich gegenüber ihren ehemaligen Widersachern durchaus großzügig, etwa wenn ehemalige Legionäre ihr „Fachwissen“ einzubringen verstanden. Die eigentliche Abrechnung mit den bürgerlichen Gegnern erfolgte im Namen der „Volksjustiz“ durch Sondertribunale. Anfangs hatten die bürgerlichen Regierungen Anklagen gegen die Kriegsverbrecher vermieden, weil zunächst noch Material zusammengetragen werden musste und der Krieg nicht beendet war. Darüber hatten die Kommunisten laut und vernehmlich geklagt. Als sie selbst im Frühjahr 1945 den Justizapparat vollständig kontrollierten, nutzten sie die Gelegenheit, um unter dem Deckmantel der faschistischen Kollaboration ihre bürgerlichen Widersacher – Politiker, Intellektuelle, Journalisten – auszuschalten. Verglichen mit den 17 175 Kriegsverbrechern, die bis zum Dezember 1946 in der Sowjetzone verurteilt wurden, beeindruckt die Zahl von 668 Urteilen in Rumänien kaum. Aber hier ging es weniger um eine demonstrative Abrechnung mit den Verbrechen der Vergangenheit als um die Gestaltung der Zukunft durch Ausschaltung der Opposition.

Welche Schwierigkeiten ein vollkommener Bruch mit dem alten Regime zeitigen konnte, bewies die Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone. Fast alle früheren Polizisten und Sicherheitsverantwortlichen wurden entlassen und stattdessen neue Kräfte aus dem „Arbeitermilieu“ angeworben. Weder das Gehalt noch die Ausstattung, die Befugnisse und das Training waren besonders attraktiv, so dass die Truppe die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnte. Daraufhin änderte die SMAD ihre Strategie, schuf eine zentrale Behörde (Deutsche Verwaltung des Inneren, 30.7.1946), verschärfte die Kontrolle und ermöglichte einzelnen Fachleuten den Wiedereintritt in den Dienst. Im April 1949 erreichte der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder in Führungspositionen bei der Volkspolizei immerhin 10 %. Verglichen mit den Reintegrationsangeboten für ehemalige Nazis in den anderen Bereichen der ostdeutschen Gesellschaft blieben die Sicherheitsorganisationen damit freilich Symbol eines personellen Neuanfangs.

„Securing the Communist State“ ist keine klassische geschichtliche Darstellung. Liesbeth van der Grift erzählt nicht, was im Einzelnen passiert ist. Der Leser muss die Geschichte Rumäniens und der Sowjetischen Besatzungszone bereits gut kennen, um ihren Text verstehen zu können. Während die Autorin für die SBZ den Forschungsstand präzise zusammenfasst und nur teilweise Neues hinzufügt (etwas anderes ist angesichts der Vor-

arbeiten von Lemke, Hilger, Weber, Naimark, Bessel, Gieseke und anderen auch kaum zu erwarten), bieten ihre Ausführungen zu Rumänien die derzeit beste Erklärung des dortigen Sowjetisierungsprozesses.

Gibt es gar nichts zu monieren? Gewünscht hätte sich der Rezensent einen genaueren kulturwissenschaftlichen Blick. Denn das durch persönliche Beziehungen geprägte Netz von Vertrauensleuten, der Glaube an zentrale, hierarchisch strukturierte Organisationen, schließlich das allgegenwärtige Misstrauen sind ja selbst Resultat einer Erfahrungswelt jenseits funktionierender Institutionen und internalisierter Normerfüllung. Das Literaturverzeichnis hätte umfangreicher ausfallen können, vielleicht sogar müssen. So fehlen etwa zu Rumänien die Quelleneditionen und Studien von Burger, Constantiniu, Chipur, Onişoru, Rădulescu-Zoner, Scurtu usw., zu Osteuropa die Bände von Creuzberger/Görtemaker, O'Sullivan etc. Allein die Literatur zur Sowjetisierung der SBZ würde ohne Weiteres viele Seiten füllen. Doch natürlich darf Vollständigkeit bei dem gewählten Thema kein Ziel sein, und die benutzte Literatur ist gut ausgewählt. Zwei andere Kritikpunkte sind wichtiger und richten sich vor allem gegen den Verlag. Hier und dort fehlen hilfreiche Zwischenüberschriften, die im niederländischen Original noch zu finden waren (jedenfalls in der Einleitung, die ich überprüfen konnte). Geärgert habe ich mich insbesondere über die am Kapitelende platzierten Anmerkungen statt der doch üblichen Fußnoten. Die Geschichtswissenschaft hat im Ergebnis ihrer Professionalisierung seit dem 19. Jh. Texte bewusst als Hypertexte strukturiert, die auf ganz unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sind. Der Versuch, zu den vermeintlich lesbareren „flachen Texten“ zurückzukehren, widerspricht allen Erfordernissen einer der Fachlogik angemessenen, benutzerfreundlichen Buchgestaltung.

Dies alles schmälert nicht die wissenschaftliche Leistung und den intellektuellen Gewinn, den die Lektüre des Buches vermittelt. Ich kann nur hoffen, dass jede rumänische Universitätsbibliothek in der Lage sein wird, ein Exemplar dieser grundlegenden Studie zu erwerben. Für die deutschen Bibliotheken dürfte der Preis ein vergleichsweise geringeres Problem darstellen.

Aachen

Armin Heinen

¹ Voorwaarts en vergeten. De overgang van fascisme naar communisme in Oost-Europa, 1944-1948. Amsterdam 2010.

Gail Kligman / Katherine Verdery, Peasants under Siege. The Collectivization of Romanian Agriculture, 1949-1962. Princeton/NJ, Oxford: Princeton University Press 2011. 508 S., ISBN 978-0-691-14973-8, US-\$ 39,50

In der Forschung über die Geschichte Südosteuropas nach dem 2. Weltkrieg besteht Konsens, dass die Kollektivierung der Landwirtschaft wie kaum eine andere Maßnahme kommunistischer Regierungen die sozialen und ökonomischen, aber auch politischen und kulturellen Verhältnisse in der Region verändert hat. Innerhalb kurzer Zeit wurden die